



Liebe Leserin, lieber Leser

mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2011 erreichen wir in der christlich-liberalen Koalition ein wichtiges Etappenziel dieser Legislaturperiode. Der Entwurf und die Finanzplanung bis zum Jahr 2014 markieren – nach Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland – einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik und den maßvollen Beginn des Ausstiegs aus den krisenbedingten öffentlichen Stützungsmaßnahmen. Die Ausgaben des Bundes werden im nächsten Jahr sinken – weitere Informationen können Sie der Tabelle entnehmen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise wird unsere Haushaltspolitik unterstützen. Das von der Bundesregierung erwartete Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,4 % für 2010 wird voraussichtlich sogar 2,1 – 2,3 % betragen. Dies ist eine Bestätigung der christlich-liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik und sie kann nur tragfähig bleiben, wenn auch trotz eventueller Steuermehreinnahmen nicht vom grundsätzlichen Sparkurs abgewichen wird. Neue Schulden ohne Not - wie von der rot-grünen Minderheitsregierung in NRW beschlossen - sind der falsche Weg.

Nach der Sommerpause kommen wichtige Vorhaben auf uns zu, etwa die Debatte um den Bundeshaushalt 2011 und die wichtige Gesundheitsreform.

Ich wünsche Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Ihre

Lena Strothmann

Bundeshaushalt 2011

Größte Ausgaben	2009	2010	Entwurf 2011
gesamt	303 Mrd. €	319,5 Mrd. €	307,4 Mrd. €
Arbeit und Soziales davon 80 Mrd. Rente, 40 Mrd. ALG II (5 Mio. Bezieher)	127,9 Mrd. €	143,1	132,0 Mrd. €
Bundesschuld	43,9 Mrd. €	38,8	38,1 Mrd. €
Verteidigung	31,1 Mrd. €	31,1	31,5 Mrd. €
Verkehr und Bau	26,6 Mrd. €	26,3	24,9 Mrd. €
Gesundheit (u.a. zusätzlicher Zuschuss an Gesundheitsfonds)	11,6 Mrd. €	16,1	15,8 Mrd. €
Wirtschaft und Technologie	6,2 Mrd. €	6,1	6,05 Mrd. €

Neuverschuldung: 57,5 Mrd. €

Investitionen: 33,8 Mrd. €

Verschuldung Bund, Länder, Gemeinden: 1693 Mrd. €, 1,6 Billionen €

2011 ist das erste Jahr, in dem der Bund die neue **Schuldenregel** des Grundgesetzes einhalten muss. Das strukturelle Defizit 2010 von annähernd 70 Mrd. Euro ist der Referenzwert für den Konsolidierungspfad der nächsten Jahre. Es muss bis 2016 auf 10 Mrd. Euro stufenweise zurückgeführt werden.

Gute medizinische Versorgung – für alle!

Wir haben ein Gesundheitssystem, um das uns die Welt beneidet: Die Gesetzliche Krankenversicherung gewährleistet hohe Qualität bei gleichzeitig durchschnittlichen Ausgaben im internationalen Vergleich. Dies wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings steht unser System vor schwierigen Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinisch-technologischen Fortschritt folgen. Es ist selbstverständlich erfreulich, dass die Menschen immer länger leben und dass es immer bessere Behandlungsmöglichkeiten gerade auch für schwere Krankheitsbilder gibt. Eine bessere, an den medizinischen Innovationen ausgerichtete Gesundheitsversorgung bedeutet aber auch steigende Gesundheitsausgaben. So wachsen seit vielen Jahren die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung schneller als die beitragspflichtigen Einnahmen. Es ist klar, dass man gegen diese finanzielle Schieflage etwas tun muss.

Und es besteht zusätzlich **unmittelbarer Handlungsbedarf**, denn für das Jahr 2011 wäre ohne die nun verabschiedeten Maßnahmen mit einem **Defizit von ca. 11 Milliarden Euro** zu rechnen. Dieses Defizit würde das heutige System vor große Schwierigkeiten stellen. Zahlreiche Krankenkassen könnten die Gesundheitsausgaben für ihre Versicherten nicht mehr bezahlen, da die Möglichkeit zur Erhebung von Zusatzbeiträgen beschränkt ist – es droht die Insolvenz. Die damit einhergehenden Verluste müssten durch andere Krankenkassen getragen werden, die dadurch selbst in Gefahr gerieten. Damit wäre das gesamte System der gesetzlichen Krankenversicherung gefährdet.

Wir brauchen also eine Krankenversicherung, deren Finanzierung zukunftsfähig und unabhängig von konjunktureller Entwicklung ausgestaltet ist. Dabei ist es unser Ziel, dass wir alle auch in Zukunft im Krankheitsfall eine sehr gute medizinische Versorgung erhalten.

In den letzten Wochen ist diesbezüglich viel diskutiert worden, und durch Halbwahrheiten und falsche Darstellungen in der Presse ist es zu Verwirrungen gekommen. Daher hier zur Klarstellung die

Maßnahmen im Überblick:

- **Wir stärken die Finanzierungsgrundlage.** Der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anteilig finanzierte Beitragssatz beträgt wieder 14,6 %. Der nur vom Arbeitnehmer finanzierte Beitrag von 0,9 Prozent bleibt unverändert. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise hatten wir vorübergehend mit dem Konjunkturpaket II den Beitragssatz der Krankenkassen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Steuermitteln gesenkt.
- **Wir stabilisieren die Ausgaben.** Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser und Arzneimittelhersteller müssen ihren Teil beitragen. Allerdings wird Ärzten und Krankenhäusern nichts weggenommen. Wir werden aber an verantwortbaren Stellen Ausgabensteigerungen so begrenzen, dass dies nicht zu Qualitätsverlusten oder Leistungseinschränkungen führt.
- **Wir schützen Arbeitsplätze.** Der Arbeitgeberbeitrag wird auf 7,3 % festgeschrieben. Wir haben damit unser Ziel erreicht: die Anhebungen im Bereich der Gesundheitskosten werden für die Zukunft von den Arbeitskosten entkoppelt. Brauchen die Krankenkassen mehr Geld, müssen sie einkommensunabhängige Zusatzbeiträge von ihren Versicherten erheben.
- **Wir gestalten den Sozialausgleich mit Steuermitteln.** Übersteigt der Zusatzbeitrag der Kasse zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens, wird er anhand des durchschnittlichen Zusatzbeitrages aller Kassen sozial ausgeglichen. So sorgen wir dafür, dass kein Beitragszahler über Gebühr belastet wird. Und der Ausgleich erfolgt durch Steuermittel zu denen alle – nicht allein die gesetzlich Versicherten – beitragen.

Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467

E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de

Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de